

## Der Klöcknerkonzern I

Der Klöcknerkonzern in seiner jetzigen Gestalt — umfassend den Lothringer Bergwerks- und Hüttenverein, die Königsborn A.-G., das Hasper Eisen- und Stahlwerk, die Düsseldorfer Eisen- und Stahlindustrie, Mannstaedt, Georgs-Marien-Hütte, Maschinenbauanstalt Humboldt, Geisweider Eisenwerke — verdankt seine Entstehung dem unglücklichen Ausgang des Krieges.

Bis 1918 lag der Hauptbesitz des Lothringer Bergwerks- und Hüttenvereins in Lothringen (Aumetz-Friede und Fentscher Hütten). Hier befanden sich, in Kneuttingen und Fentsch, die Hochofen-, Stahl- und Walzwerke mit einer gewaltigen Erzeugung von Trägern, Schienen und Stabeisen. Seine Erzfelder befanden sich ebenfalls in Lothringen, nämlich die Gerechtsame der Gewerkschaft Reichsland, während das 1907 gegründete Erzbergwerk Murville, von welchem der Verein 80 % Anteile besaß, in Longwy seinen Sitz hatte. Die lothringischen Erzläger allein wurden auf 65 Mill. t Erze geschätzt. Die Gesellschaftsform des Vereins war ursprünglich die einer belgischen Aktiengesellschaft mit dem Sitz in Brüssel. Erst während des Krieges erfolgte die Umwandlung in eine deutsche Gesellschaft. Nach dem Waffenstillstand wurde der lothringische Erz-, Hütten- und Walzwerkbetrieb der französischen Liquidation unterworfen und dadurch der Gesellschaft entzogen.

Es verblieben ihr danach als Hauptbesitz, was die Kohle anbetrifft, nur die im Jahre 1909 bzw. 1910 angegliederten westfälischen Kohlenzechen General, Viktor bei Rouxel und Gewerkschaft Ickern, die nach der Abtrennung der lothringischen Eisenwerke zum Hauptbestandteil des früher gemischten Betriebes wurden.

Mit Bezug auf das Eisen waren die Interessen des Lothringer Bergwerks- und Hüttenvereins beschränkt auf die Anteilnahme am Fassoneisenwerk Mannstaedt und an der Düsseldorfer Eisen- und Drahtindustrie. Interessengemeinschaftsverträge mit diesen Unternehmungen waren 1912 geschlossen worden, denen zufolge 1918, noch vor Kriegsende, ein Aktienumtausch eintrat. Mannstaedt stellt in der Hauptsache Stabeisen und Röhren her und besitzt eine Stahlgießerei; die Düsseldorfer Eisen- und Drahtindustrie verfügt über ein Stahl- und Walzwerk.

Das Bestreben des nach der Amputation durch die Franzosen verbleibenden Rumpfkonzerns mußte nun dahin gehen, eine hinreichende Erz- und Eisengrundlage nach Möglichkeit wiederherzustellen. Förderte der Verein doch vor dem Kriege jährlich nicht weniger als etwa 2½ Mill. t Erze, während seine Roheisenerzeugung über 600 000 t jährlich betrug, seine Stahlerzeugung 450 — 500 000 t. Durch den Verlust des lothringischen Besitzes ging der größte Teil davon verloren und der Konzern war mit Kohle einerseits und weiterverarbeitenden Werken andererseits ohne das verbindende Erz, ohne genügende Mengen Eisen und Stahl nicht lebensfähig.

Der Lothringer Bergwerks- und Hüttenverein richtete zunächst sein Augenmerk auf die Geisweider Eisenwerke im Siegerland. Hier reizte zunächst die günstige Erzgrundlage dieser Gesellschaft, namentlich da sie bereits früher in Gemeinschaft mit dem Lothringer Bergwerks- und Hüttenverein und mit der Friedrichshütte die Majorität der Erzgrube Pfannenburger Einigkeit, der wertvollsten Grube des Siegerlandes, erworben hatte. Damals wurden die ersten Beziehungen zwischen den Geisweider Werken und dem Lothringer Verein eingeleitet. Die Geisweider Werke verfügen aber weiter

über eine Hochofenanlage, zwei Siemens-Martin-Werke und stellen in der Weiterverarbeitung namentlich Fein- und Grobbleche sowie Stabeisen in hochwertigerem Qualitätsmaterial her. In der Absicht, Geisweid anzugliedern, stieß der Klöcknerkonzern jedoch auf die Thyssengruppe, die ähnliche Bestrebungen verfolgte. Die beiden Konzerne einigten sich schließlich im Jahre 1920 auf eine gemeinsame Bewirtschaftung von Geisweid für zunächst 30 Jahre. Den Vorsitz im Aufsichtsrat von Geisweid führt August Thyssen, den stellvertretenden Vorsitz Geheimrat Klöckner. Aus der Thyssengruppe wurden ebenso wie aus der Klöcknergruppe Direktoren in den Aufsichtsrat von Geisweid gesandt.

Das genügte jedoch nicht entfernt, um das Gleichgewicht der gemischten Betriebe für den Lothringer Konzern wiederherzustellen. Der Konzern hat deshalb weiter 1920 mit dem Georgs-Marien-Bergwerks- und Hüttenverein, Osnabrück, eine Interessengemeinschaft auf 24 Jahre abgeschlossen. Der Lothringer Verein hat das Recht, nach Beginn des elften Jahres der Vertragsdauer das Gesellschaftsvermögen der Georgs-Marien-Hütte als Ganzes zu erwerben. Eine Verpflichtung, dies zu tun, besteht für den Lothringer Verein für das Ende der Vertragszeit. Mit der Georgs-Marien-Gesellschaft gelangte ein umfangreicher Erzbesitz an den Lothringer Verein, mit einer Vorkriegsförderung von rund 250 000 t jährlich. Die Roheisengewinnung von Georgs-Marien erreichte 1913/14 über 170 000 t. Die Gesellschaft besitzt außer einem Hochofenwerk ein Martinstillwerk sowie einige Walzwerke. Außer Stahlblöcken werden Stabeisen, Fertigfabrikate wie Schienen und Schwellen und Gußwaren hergestellt.

Die Eisen- und Stahlverfeinerung des Klöcknerkonzerns wurde weiter ausgedehnt durch die Angliederung des Hasper Eisen- und Stahlwerkes, gleichfalls im Jahre 1920. Nachdem dieses Unternehmen schon jahrelang durch Personalunion mit dem Klöcknerkonzern verbunden war, wurde eine Interessengemeinschaft auf 50 Jahre mit ihm abgeschlossen. Es erfolgte ein Aktienumtausch. Mit Haspe ging ein Hochofenwerk von vier Hochöfen mit einer täglichen Leistungsfähigkeit von je 300—350 t in den Konzern über, ferner ein Thomasstahlwerk, ein Siemens-Martin-Stahlwerk, Schienen-, Stabeisen-, Blech- und Drahtwalzwerk, auch Eisengießereien. Die Erzbasis von Haspe lag allerdings vor dem Kriege ebenfalls in Frankreich; es war dort an dem Erzbergwerk Jarny zu 25 % beteiligt. Aber der Ergänzung des Klöcknerkonzerns nach der Seite der Erzversorgung hin waren von vornherein, wie allen übrigen deutschen Unternehmungen in ähnlicher Lage, Grenzen gesetzt durch die unzureichenden Erzvorkommen in Deutschland. Ohne eine gesteigerte Erzeinfuhr geht es nicht, nachdem Deutschland ⅔ seiner Erzläger abtreten mußte.

Auf die Weiterverarbeitung hat der Klöcknerkonzern einen maßgebenden Einfluß auch noch dadurch, daß Peter Klöckner im Aufsichtsrat der Maschinenbauanstalt Humboldt in Köln sitzt und daß er an der Isellburgischen Hütte und an dem Crefelder Stahlwerk interessiert ist. Die Eisenhandelsfirma Klöckner & Co. im Besitz des Kommerzienrates Klöckner erhöht die Unabhängigkeit des Konzerns.

Je mehr nun die Klöcknergruppe auf dem Gebiet von Eisen und Stahl auf neue Grundlagen gestellt wurde, je mehr hier Ergänzungen und Verschiebungen eintraten, desto mehr wurde auch die Kohlenseite des Konzerns dadurch in Mitleidenenschaft gezogen. Bald stellte sich heraus, daß die dem Konzern zur Verfügung stehende Kohle nicht mehr ausreichte.



Zunächst kam allerdings durch die Angliederung der Georgs-Marien-Hütte auch neue Kohle in den Besitz des Konzerns. Die Georgs-Marien-Hütte verfügte in der Vorkriegszeit über eine jährliche Kohlenförderung von etwa 600 000 t, während der Lothringer Bergwerks- und Hüttenverein damals ca. 2 Mill. t hervorbrachte. In der Hauptsache handelt es sich beim Georgs-Marien-Verein um die Zeche Werne. Die Koksgewinnung von Georgs-Marien stellte sich vor dem Kriege auf 250 000 t, beim Lothringer Verein auf 850 000 t.

Mit dem Hasper Eisen- und Stahlwerk gelangte ein kohlenarmes Unternehmen an den Konzern, das bei ihm einen Kohlenrückhalt suchte. Hierin lagen nicht zuletzt die Motive für den Anschluß, soweit Haspe dabei in Frage kam. Noch 1920 lag das Hasper Werk mit 60—70 % seiner Anlagen still wegen ungenügender Kohlenbelieferung. Es war deshalb seit Jahren bestrebt, die Mittel zum Erwerb einer Zeche bereitzustellen. Den Zechen des Lothringer Vereins fehlte es vor allem an Gaskohle. Diese ist aber unentbehrlich für die Entwicklung von großen Siemens-Martin-Betrieben, wie sie durch die verschiedenen Angliederungen an den Konzern gekommen sind. Insofern war die Angliederung der Zeche Werne des Georgs-

Mariens-Vereins ein besonders glücklicher Griff, denn diese bringt Gaskohle hervor. Andererseits erzeugt aber der Georgs-Mariens-Verein keine Fett- bzw. Kokskohle. Er war deshalb auf der Suche nach einem Dauerlieferanten für diese Kohlen-sorten.

Es erwies sich deshalb als notwendig, ein reines Kohlenbergwerk in den Konzern hineinzuziehen. Das geschah 1920 durch den Abschluß einer Interessengemeinschaft auf 24 Jahre mit dem Kohlenbergwerk Königsborn A.-G. zu Unna i. W. Diese Zeche liegt zum Siegerland in günstiger Frachtenbasis. Es ist hervorzuheben, daß bereits in den achtziger Jahren die führenden Werke des Siegerlandes den Erwerb von Königsborn angestrebt haben. Durch die Beteiligung des Klöcknerkonzerns an den Geisweider Eisenwerken ist diese Verbindung auf andere Weise zustande gekommen. Die Kohlenbasis des Klöcknerkonzerns ist nach der Angliederung von Königsborn so groß geworden, daß noch eine Ausdehnung des Eisenbesitzes möglich erscheint. Königsborn erzeugte vor dem Kriege jährlich ca. 900 000 t Kohle und 340 000 t Koks.

Dr. Alfred Schmidt-Essen

## Die Finanzlage des Deutschen Reichs

So naheliegend es im Hinblick auf die zurzeit schwebenden Verhandlungen über die Reparation und die Sanierung der deutschen Finanzen erscheint, sich einen genauen zahlenmäßigen Überblick über die Finanzgebarung des Reiches zu verschaffen, so sind die Möglichkeiten zu einer zusammenfassenden Darstellung in Form eines für die Gegenwart gültigen Ist-Etats doch nicht gegeben. Der im Frühjahr aufgestellte Haushaltsplan, dessen notwendigerweise problematische Natur bereits vielfach hervorgehoben wurde, ist durch vier Nachträge ergänzt und abgeändert worden. Durch den vierten Nachtrag vom 25. Oktober 1922 ist der Reichsfinanzminister ermächtigt worden, zur Bestreitung neuer außerordentlicher Ausgaben weitere 120 Milliarden  $\mathcal{M}$  im Wege der Anleihe flüssig zu machen. Das Bestreben, diesen Posten organisch in den alten Gesamtplan hineinzuarbeiten, führt schon deshalb zu keinem befriedigenden Resultat, weil sich gegenwärtig nicht übersehen läßt, in welchen Ziffern sich die allgemeine Preissteigerung und die Valutabewegung im Reichsetat ausdrücken, und weil kein annähernder Anhalt dafür besteht, welche Zahlen im „Haushalt zur Ausführung des Friedensvertrags“ einzusetzen sind. Vorläufig ist nichts anderes möglich, als den Stand der deutschen Finanzen an Hand charakteristischer Symptome festzustellen. Hierzu dienen vor allen Dingen der Vergleich der Ausgaben und Einnahmen in verschiedenen Monaten, der Überblick über die Schulden und über die Ausgabe von Papiergeld.

Brauchbares Material hierüber liefert die „Industrie- und Handelszeitung“ in Nr. 252 vom Freitag, dem 10. November 1922. Nach ihr betragen die Ausgaben und Einnahmen des Reiches ohne schwebende Schuld:

Datum	In Mill. $\mathcal{M}$		Meßzahlen	
	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
Durchschn.-Dekade 1913.	70,5	57,7	= 1	= 1
„ 1918.	1 223	205	17,3	3,5
„ 1920.	1 268	966	166,8	103,4
1. Sept.-Dekade 1922 . . . .	16 368	6022	232,1	104,4
2. „ 1922 . . . .	25 487	6014	361,5	104,2
3. „ 1922 . . . .	79 065	4140	1102,9	71,7
1. Oktober-Dekade 1922 . .	44 262	5429	627,8	94,1
2. „ 1922 . . . .	61 789	9340	876,4	161,8
3. „ 1922 . . . .	70 107	8646	994,3	149,8
<b>Dekadendurchschn. d. lauf. Rechnungs.</b>	<b>23 359</b>	<b>7564</b>	<b>331,3</b>	<b>131,1</b>

Im begleitenden Text wird auf das Mißverhältnis zwischen den Ausgaben, die sich gegen 1913 auf das 994fache erhöht haben, und zwischen den Einnahmen, die nur auf das 150fache gestiegen sind, hingewiesen. Es wird hinzugesetzt, daß die zweite Oktoberdekade zur Ausführung des Friedensvertrags allein fast 31 Milliarden  $\mathcal{M}$ , die dritte Oktoberdekade dafür 38,4 Milliarden  $\mathcal{M}$  beansprucht hat. Hiermit wird einmal das Argument der Gegenseite entkräftet, daß Deutschland infolge des Abkommens mit Belgien augenblicklich von der Devisenbeschaffung entlastet sei, und daß daher die Valutenbewegung nur in der Spekulation deutscher Kreise begründet sein könne. Auf der anderen Seite wird die Problematik des deutschen Haushalts von neuem offenbart, da die Beschaffung von ausländischen Zahlungsmitteln notwendig zur Kurssteigerung ausländischer Werte führt und damit ihrerseits wieder die Grundlage aller Preise und damit ihre eigene Basis verschiebt. Wenn daher mitgeteilt wird, daß seit Beginn des Rechnungsjahres für Devisenkäufe zur Ausführung des Friedensvertrages über 86 Milliarden  $\mathcal{M}$  aufgewandt worden seien, so ist dabei zu bedenken, daß die Mark am Schlusse dieser Zählung nicht mehr den zehnten Teil der Mark zu Beginn der Zählung wert war, gemessen am Dollarstand. Wohin das Gesetz der progressiven Schwindsucht der deutschen Finanzen noch führt, und welche absurden Ziffern sich am Ende des Rechnungsjahres ergeben werden, läßt sich noch nicht annähernd übersehen. In Frankreich scheint man von diesen Zusammenhängen noch immer keine Ahnung zu haben. Der „Temps“ vom 26. Oktober gibt mit der Miene besonderer Spitzfindigkeit dem nach Berlin geladenen Ausschuß ausländischer Sachverständiger das Problem auf, wie es komme, daß Deutschland schon im ersten Halbjahr 1922 ungefähr das Doppelte der Sollaussgaben seines Etats für diese sechs Monate erreicht habe. Hieran müsse doch offenbar die Inflation — sprich absichtliche Inflation — schuld sein.

Die Inflation von Zahlungsmitteln wurde oben mit voller Absicht nicht als Ursache, sondern nur als Symptom der Finanzgebarung des Deutschen Reiches bezeichnet. Bis zur Ermüdung muß es der Quantitätstheorie zum Trotz immer wieder hervorgehoben werden, daß gegenwärtig nicht die Inflation die Ursache der Preissteigerungen ist, sondern, daß umgekehrt die